

Politische Erwachsenenbildung in Österreich

Einblicke in ein von Diversität geprägtes Feld

Martin Haselwanter

Die Zahl an Anbieter*innen politischer Erwachsenenbildung in Österreich ist, trotz fehlender öffentlicher Anerkennung und mangelnder finanzieller Förderung (vgl. Luksik/Gürses 2019: 22), beachtlich. Einerseits überrascht es, wie »vielfältig, breit und differenziert das Feld« ist, und andererseits entsteht der »Eindruck einer Art ›Fleckerlteppich‹, der klare Konturen, Kompetenzen und Verbindlichkeiten vermissen lässt« (Gruber/Lenz 2016: 75). Wilhelm Filla (2016: 37) spricht etwa von einer Zersplittertheit und Unübersichtlichkeit der Institutionenlandschaft, die »nicht geeignet ist, ein Bild von institutionalisierter politischer Bildung für Erwachsene zu vermitteln«. Die »Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung« (ÖGPB), die Fachorganisation für politische Erwachsenenbildung in Österreich, »fasst die Diversität des Feldes indes nicht als Not, sondern als Tugend auf – jedenfalls als *Tatsache*« (Baumgartner/Gürses 2015a: 12; Herv.i.O.).

Die Darstellung dieser Diversität, besonders hinsichtlich der Verschiedenheit von Anbieter*innen und Einrichtungen, sowie der Konsequenzen, die sich daraus ergeben, ist das zentrale Erkenntnisinteresse des vorliegenden Beitrags. Indem ich zuerst die politische Bildung im Allgemeinen und im Weiteren die politische Erwachsenenbildung im Besonderen in den Blick nehme, versuche ich, das Feld geordnet und schrittweise zu erschließen. Diese Vorgehensweise möchte ich mit der Notwendigkeit grundlegender Klärungen und Kontextualisierungen begründen. So wird politische Bildung selbst von Fachleuten vielfach mit dem schulischen Bereich assoziiert, während zugleich »ein Mangel hinsichtlich der Bekanntheit der politischen Erwachsenenbildung« zu konstatieren ist (Baumgartner/Gürses 2015a: 9). Zudem ist auf das Fehlen eines kontinuierlichen Fachdiskurses hinzuweisen (vgl. Filla 2016: 35).

In einem ersten Schritt werden unterschiedliche Praxisfelder politischer Bildung im Überblick dargestellt, um basierend darauf – nach der Erläuterung charakteristischer Merkmale politischer Erwachsenenbildung – zu skizzieren, inwiefern sich diese von anderen Praxisfeldern abgrenzen lässt. Es folgt eine Darstellung der Diversität anhand einer Bestandsaufnahme von Anbieter*innen und Einrich-

tungen politischer Bildung für Erwachsene. Resümierend werden Schlussfolgerungen thematisiert, die sich aus der skizzierten Diversität ergeben.

Politische Bildung und ihre Praxisfelder

Politische Bildung

Bildung, die Menschen Politik/das Politische erschließt – so unterschiedlich Politikbegriffe und Definitionen von Politik auch sein mögen (vgl. Gärtner 2016: 21; Pelinka 2000: 18ff.) –, soll im vorliegenden Kontext als politische Bildung subsumiert werden. Von erzieherischer Anpassung (vgl. Sander 2020: 20) oder gar Indoktrination ist sie grundlegend zu unterscheiden. Für Wilhelm von Humboldt (1767/1835), den relevantesten Wegbereiter des aktuellen Bildungsverständnisses, ist Bildung vielmehr »die Verknüpfung unsers Ichs mit der Welt zu der allgemeinsten, regesten und freisten Wechselwirkung« (Humboldt 1969: 235f.). Im Sinne der heute noch als grundlegend anzuführenden klassisch-neuhumanistischen Bildungstheorie – Bernd Lederer (2014: 53; Herv.i.O.) spricht von der »*Menschwerdung des Menschen*« als Zielsetzung – geht es also um eigenständige Auseinandersetzungen. Politische Bildung zielt damit, wie jede Bildung, idealtypisch auf eine selbstreflexive »Horizontenerweiterung im Weltverstehen von Menschen« (Sander 2020: 20) ab. Um eine solche Bildung zu ermöglichen, bedarf es stets einer (zumindest) bedingten Freiheit der Individuen (vgl. Faulstich 2016: 61) – für Wolfgang Sander (2020: 21) ein wesentliches Element der Normativität des Bildungsbegriffs, der qua seiner eigenen Verfasstheit eine Abgrenzung von jenen Persönlichkeitsentwicklungen bedingt, die vor rechtsextremem oder auch islamistischem Hintergrund stattfinden. Im Gegensatz zur Horizontenerweiterung im Kontext von Bildung ist hier eine Begrenzung des Denkens vorherrschend.

Hinsichtlich der grundlegenden Zielsetzungen politischer Bildung lassen sich drei Schritte ausmachen: *Wissensvermittlung* unter dem Aspekt des Erkennens politisch-gesellschaftlicher Wirklichkeit, um diese zu *beurteilen* und durch *politisches Handeln* auch beeinflussen und sich entsprechend verhalten zu können (vgl. Zentrum für Lehrer*innenbildung o.J.). Häufig wird diesbezüglich von »politischer Mündigkeit« (Bremer/Gerdes 2012: 683) gesprochen, wobei diese je nach vertretenem Ansatz politischer Bildung entweder (eher) systembejahend bzw. -stabilisierend oder transformativ-emanzipatorisch konkretisiert wird (vgl. Bremer/Gerdes 2012: 684; Gürses 2015: 25f.).

Praxisfelder politischer Bildung

Um zu veranschaulichen, wie sich politische Bildung in der Praxis verdeutlichen kann, konkretisiere ich im Folgenden fünf Felder:

- informelle politische Bildung,
- politische Bildung in der Schule,
- außerschulische politische Jugendbildung,
- politische Bildung an den Hochschulen,
- politische Bildung im Bundesheer.

Diese keineswegs erschöpfende Kategorisierung dient im Wesentlichen einer grundlegenden Orientierung sowie der folgenden Kontextualisierung, aber auch der Abgrenzung von *politischer Erwachsenenbildung* als weiterem und sechstem Praxisfeld.

Zwar hat sich der Begriff der politischen Bildung nach 1945 »im deutschsprachigen Raum als Bezeichnung für intentionale Angebote politischen Lernens« (Sander 2009: 13) durchgesetzt. So spricht etwa die ÖGPB in ihrem Grundsatzpapier von politischer Bildung als »angeleiteter und institutionalisierter Möglichkeit der Reflexion über das Politische« (ÖGPB 2020e: 7). Um jedoch die Breite politischer Bildungsprozesse umreißen zu können, möchte ich folgend mit der informellen Bildung beginnen, die im Diskurs der politischen Bildung oftmals nur bedingt Erwähnung findet.¹

Informelle politische Bildung: Informelle Bildung wird als Begleiterscheinung des Alltags verstanden (vgl. Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur 2001: 9f.). Die Herkunftsfamilie, der Freundeskreis, Lebenspartner*innen oder Arbeitskolleg*innen, auch die Medien etc. können für sie von Bedeutung sein. Örtlich ist sie ungebunden (vgl. Täubig 2018b: 5). So kann informelle Bildung gleichermaßen im Rahmen des formalen Bildungssystems an Schulen und Hochschulen² sowie des nichtformalen Bildungswesens, das organisiert (z.B. als Kurs- oder Vortragsveranstaltung) außerhalb der Hauptsysteme allgemeiner und beruflicher Bildung stattfindet, erfolgen.

Informelle politische Bildung kann *beabsichtigt* sein, z.B. wenn Eltern ihren Kindern demokratische Aushandlungsprozesse näherbringen, im Kreis befreundeter

1 Ein Grund hierfür ist etwa die Tatsache, dass die vorne angeführten Zielsetzungen politischer Bildung, im informellen Bereich, z.B.: wenn Wissen beiläufig angeeignet wird, eine differenzierte Diskussion notwendig macht.

2 Formale Bildung zeichnet sich durch ihr Vorhandensein als zusammenhängende Leiter der Vollzeitbildung aus (für Kinder und Jugendliche bis ins Erwachsenenalter; bspw. Schule und unmittelbar folgendes Studium) (vgl. Gruber/Lenz 2016: 36).

Schüler*innen ein Lesekreis organisiert wird oder ein Arbeitskollege über die Möglichkeit eines Streiks informiert.³ Gleichmaßen können autodidaktische Herangehensweisen wie Lektüre, die Beschäftigung mit Lernprogrammen, das Hören eines Podcasts, das Ansehen einer Filmdokumentation oder auch einer Satiresendung angeführt werden. Hervorzuheben ist, dass im Kontext der Vermittlung politischer Inhalte interpersonale Kontakte, im Gegensatz zur massenmedialen Vermittlung, zunehmend von geringerer Wichtigkeit sind (vgl. Filzmaier/Klepp 2017: 488). Besonders ist auf die Relevanz sozialer Medien hinzuweisen.

Informelle politische Bildung ist aber, wie jede Variante informeller Bildung, nicht notwendigerweise intentional (vgl. Hufer 2016: 20; Täubig 2018a: 417) und kann *beiläufig* im Kontext des Erfahrens stattfinden.⁴ Etwa wenn Erwachsene in Gegenwart zuhörender Kinder über politische Themen diskutieren, ein Aufkleber an einer Straßenlaterne zur Reflexion anregt, ein beliebiges Gespräch zu politischen Erkenntnissen führt, über Social-Media-Kanäle empfohlene Inhalte entsprechende Auseinandersetzung anregen oder bei »Problemlösungen in der Arbeit« (Overwien 2016: 400) politische Bildungsprozesse stattfinden. Gleichmaßen können aus freiwilligem Engagement und politischer Partizipation (vgl. Overwien 2016: 403ff.) oder auch einer Beteiligung an sozialen Bewegungen (vgl. Miethe/Roth 2016: 23f.) politisch-bildende Persönlichkeitsentwicklungen resultieren. Nicht zuletzt dadurch verdeutlicht sich die Relevanz einer so verstandenen politischen Bildung als Teil politischer Sozialisation (vgl. Bremer/Gerdes 2012: 688). Auch Bildungsprozesse im Kontext von Community Education, Community Development oder Gemeinwesenarbeit sind weitgehend im Rahmen informeller politischer Bildung verortbar (vgl. Kloyber 2015: 127ff.).

Politische Bildung in der Schule: Das Praxisfeld innerhalb der politischen Bildung, dem am meisten Aufmerksamkeit zuteilwird, ist die Schule. Dort beruht sie – dem ministerial-bindenden »Unterrichtsprinzip Politische Bildung, Grundsatzerglass 2015« folgend – auf drei Säulen: als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder Kombinations- bzw. Flächenfach; in der Praxis der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der Schüler*innen; und als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip in allen Schulstufen. (Vgl. Bundesministerium für Bildung und Frauen 2015: 1)

-
- 3 In Diskursen um informelle Bildung und informelles Lernen werden die Begriffe »Bildung« und »Lernen« nicht voneinander unterschieden, sondern synonym verwendet (vgl. Täubig 2018a: 414). Da im Feld der politischen Bildung vornehmlich der Bildungsbegriff akzentuiert wird, möchte ich diesem, mit dem Hinweis auf die damit einhergehende Simplifizierung, hier den Vorrang geben.
 - 4 Hinsichtlich der Frage, wie informelle Bildung definiert wird, existieren unterschiedliche Herangehensweisen. Im Gegensatz zu der im Text gebrauchten Unterscheidung in *beabsichtigt* und *beiläufig* wird beispielsweise im »Adult Education Survey (AES)« von einem bewussten und nicht nur beiläufigen Prozess ausgegangen (vgl. Statistik Austria 2018: 65).

Das Kompetenz-Strukturmodell, nach dem sich der fachliche Unterricht – der primäre Bereich politischer Bildung in der Schule – dem Bildungsministerium folgend zu richten hat, benennt Kompetenzorientierung als Ziel. Die Ausbildung von Urteils-, Handlungs-, Methoden- und Sachkompetenz wird als wesentlich angeführt, die Inhalte sollen anhand konkreter Beispiele vermittelt werden. (Vgl. Krammer et al. 2008)

Außerschulische politische Jugendbildung: Politische Bildung für Jugendliche kann auch außerhalb des formalen Bildungssystems stattfinden. Die Gruppe der Jugendlichen wird dabei in Abgrenzung zu Kindern und Erwachsenen auf für die politische Bildung relevanten Ebenen altersmäßig unterschiedlich definiert. Die konkrete Ausgestaltung variiert stark und hängt davon ab, wo die politische Bildung jeweils stattfindet, z.B. in Mitgliedsorganisationen der »Bundesjugendvertretung« (BJV) oder in der offenen Jugendarbeit. (Vgl. Danter 2015: 273ff.)

Politische Bildung an den Hochschulen: An den Hochschulen – am Beispiel der öffentlichen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen (PHs) – ist politische Bildung u.a. in der mit dem schulischen Unterricht in Wechselwirkung stehenden Lehramtsausbildung präsent. Politische Bildung soll in der Primarstufe als Unterrichtsprinzip wirken (vgl. Filzmaier/Klepp 2017: 493) und existiert lediglich in den Berufsschulen als eigenständiges Fach, was entsprechend marginalisierende Konsequenzen nach sich zieht. So resultiert die in Österreich wesentliche Verbindung der politischen Bildung mit dem Geschichtsunterricht, z.B. im Fach »Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung« (GSK/PB),⁵ in einer grundlegenden Unterordnung unter die fachliche Systematik der Geschichte (vgl. Sander 2017b: 7). Vereinfacht ausgedrückt sind es in allgemeinbildenden Schulen vor allem Historiker*innen und in berufsbildenden Schulen überwiegend Jurist*innen, die unterrichten. Die der schulischen politischen Bildung am nächsten stehende Fachdisziplin, die Politikwissenschaft, ist an der Ausbildung von Lehrer*innen vielfach nur marginal beteiligt. (Vgl. Sander 2017a: 517) Und auch die Wirksamkeit politischer Bildung als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip in allen Schulstufen ist nicht durch entsprechende Vorgaben in der Ausbildung abgesichert (vgl. ebd.: 516).

In Ergänzung zur Lehramtsausbildung und einer mit ihr in Wechselwirkung stehenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung – seit März 2017 besetzt Dirk Lange die einzige Universitätsprofessur Österreichs für »Didaktik der Politischen Bildung« am Zentrum für Lehrer*innenbildung der Universität Wien – ist politische Bildung als Teilbereich der Politikwissenschaft sowie u.a. als eigenständiges Masterstudium »Politische Bildung« an der Universität Linz vertreten. Zudem ist

5 Das Fach GSK/PB wird an der AHS-Unterstufe, den Neuen Mittelschulen, der AHS-Oberstufe, den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik sowie den Bildungsanstalten für Sozialpädagogik unterrichtet.

politische Bildung an PHs und Universitäten in Form unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen und Lehrgänge präsent.

Politische Bildung im Bundesheer: Als »Staats- und wehrpolitische Bildung« ist politische Bildung sowohl in der Grundausbildung von Rekrut*innen bzw. von Kaderanwärter*innen sowie als Querschnittsmaterie in den curricularen Grundlagen zur Ausbildung des Kaderpersonals verankert (vgl. Zorko 2020). Einer Weisung des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport folgend, ist es die zentrale Aufgabe politischer Bildung im Bundesheer, staats-, regierungs- und ressortpolitische sowie militärstrategische Ziele zu verdeutlichen. »Damit soll der Sinn des Bundesheeres im Rahmen der umfassenden Sicherheitsvorsorge und die Notwendigkeit des Dienstes für Frieden, Freiheit, Recht und Sicherheit besser verstanden und anerkannt werden«⁶ (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport 2017). Die »Sinnvermittlung des Berufsvollzuges« ist wesentlich (Zorko 2020).

Hinsichtlich einer Betrachtung von politischer Bildung, die nicht nur Kinder und Jugendliche adressiert, ist neben den Hochschulen und dem Bundesheer auf die *politische Erwachsenenbildung als weiteres Praxisfeld* hinzuweisen.

Politische Erwachsenenbildung

Politische Erwachsenenbildung und ihre Merkmale

In Österreich existiert weder eine einheitliche Ausbildung für Lehrende, Referent*innen oder Trainer*innen noch eine »offizielle Denomination von politischer Bildung für Erwachsene« (Gruber 2008: 283). Zwar wurde in erwachsenenpädagogischen Fachkreisen immer wieder versucht, den Begriff – zumeist in Anlehnung an Debatten in Deutschland – zu bestimmen (vgl. ebd.: 283), doch auch dort gibt es keine allseits akzeptierte, verbindliche und anerkannte Definition (vgl. Hufer 2016: 22; Hufer 2014: 233). Eine solche wird auch in den folgenden Ausführungen keineswegs angestrebt. Vielmehr versuche ich, mich der politischen Erwachsenenbildung praxisorientiert anzunähern: durch das Herausgreifen von charakteristischen Merkmalen, die Betrachtung von Einrichtungen und Anbieter*innen sowie den Blick auf Folgen, die aus der Diversität des Feldes resultieren.⁷

6 Auf die Notwendigkeit der Diskussion der Frage, inwieweit diese Zielsetzungen mit dem eingangs skizzierten Bildungsverständnis kompatibel sind, kann lediglich hingewiesen werden. Aufgrund der Intention der vorliegenden Untersuchung muss eine Vertiefung an dieser Stelle ausbleiben.

7 Bewusst wird auf eine Bezugnahme auf das Qualitätszertifikat »Ö-Cert« verzichtet (vgl. Ö-Cert 2014), um nicht vorab und per definitionem praxisrelevante Anbieter*innen auszuschließen.

Klaus-Peter Hufer, dessen außerplanmäßige Professur – ebenso wie die diesbezüglich einzige planmäßige Professur Deutschlands (Helmut Bremer), beide an der Universität Duisburg-Essen – der politischen Bildung in der Erwachsenenbildung gewidmet ist (vgl. Fakultät für Bildungswissenschaften 2020; Hufer 2018: 19), rechnet die politische Erwachsenenbildung dem nichtformalen Bildungsbe-
reich zu (vgl. Hufer 2016: 21). Wie vorne angeführt, sind jedoch auch informelle Bildungsprozesse zu reflektieren. In Abgrenzung zur schulischen politischen Bildung benennt Hufer (2016: 21; 2014: 234f.) folgende Gründe ihrer Eigentümlichkeit: erstens die Freiwilligkeit der Beteiligung, zweitens die mehrjährige politische Bio-
graphie und Sozialisation der Teilnehmenden, drittens die Heterogenität der Teil-
nehmer*innengruppen (z.B. hinsichtlich des Bildungsstandes, der sozialen Zusam-
mensetzung oder auch des Alters), viertens das Nichtvorhandensein eines minis-
teriell vorgegebenen Lehrplans und fünftens die Unterschiedlichkeit der bildungs-
politischen Profile und normativen Absichten der Anbieter*innen.

Auf dieser Basis möchte ich weitere Abgrenzungen sowie gleichermaßen eine Konkretisierung dessen vornehmen, was unter politischer Erwachsenenbildung verstanden werden kann: Weil eine Teilnahme – im Gegensatz zur Schule und zum Bundesheer – freiwillig ist, müssen Interessierte erst für ein Angebot gewon-
nen werden. Damit besteht gewissermaßen eine Wettbewerbssituation zwischen unterschiedlichen Anbieter*innen auf dem »Bildungsmarkt«. Folgerichtig ist *Teil-
nehmer*innenorientierung* – als »Orientierung an den Lerninteressen, -bedürfnissen und -voraussetzungen der Teilnehmenden« (Hufer 2014: 234), die sich aus deren Alltag und Lebenswelt ableiten lassen – als einziges, unbestritten akzeptiertes di-
daktisches Kriterium anerkannt. Ihrerseits impliziert Teilnehmer*innenorientie-
rung eine relative Freiheit inhaltlicher und methodischer Gestaltung (vgl. ebd.: 235). Demgegenüber sind es im Rahmen der schulischen politischen Bildung sowie der politischen Bildung im Bundesheer das Bildungsministerium bzw. das Minis-
terium für Landesverteidigung, die Vorgaben formulieren.

Auch die Werte- und Orientierungskurse für Asylsuchende, subsidiär Schutz-
berechtigte und Drittstaatsangehörige unterscheiden sich aufgrund der verordne-
ten Inhalte sowie des verpflichtenden und nicht zuletzt existentiellen Charakters grundlegend von politischer Erwachsenenbildung. Zudem steht hier das Moment der Erziehung – und keineswegs das der Bildung – im Mittelpunkt. (Vgl. Schrö-
der/Haas 2018)

Zwar ist *politische Bildung an den Hochschulen* u.a. aufgrund der relativ homo-
genen Zielgruppe oder auch der angebots- und expert*innenorientierten Vermitt-
lung von Inhalten (im Gegensatz zum Prinzip der Teilnehmer*innenorientierung) (vgl. Egger 2016) nicht mit politischer Erwachsenenbildung gleichzusetzen. Aller-
dings möchte ich – da sich einige Angebote dezidiert an Interessierte richten, die eine erste Bildungsphase schon absolviert haben, und als »wissenschaftliche Weiterbildung« firmieren – von einem partiellen Naheverhältnis ausgehen (z.B.:

hinsichtlich der in diesem Segment wesentlich heterogeneren Adressat*innen, die erst für ein Angebot gewonnen werden müssen). Beispiele an den PHs sind etwa mehrsemestrige Hochschullehrgänge (HLG) sowie temporär begrenztere Fortbildungsveranstaltungen für berufstätige Lehrpersonen (vgl. Filla 2016: 37). In Bezug auf die Universitäten ist auf berufsbegleitende Universitätslehrgänge (ULG) hinzuweisen, wobei jener an der Donau-Universität Krems (MSc) der bekannteste ist.⁸ Darüber hinaus veranstalten die Österreichische Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft (ÖH) und die in ihr organisierten Fraktionen sowie andere an Hochschulen angesiedelte Initiativen öffentlich zugängliche, politische Bildungsveranstaltungen.

Anbieter*innen und Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung

Ebenso wie die Erwachsenenbildung im Allgemeinen (vgl. Gruber/Lenz 2016: 32; 47f.) zeichnet sich auch die politische Erwachsenenbildung im Besonderen durch eine Vielzahl unterschiedlicher Akteur*innen aus. Die auf der ÖGPB-Homepage zu findenden, im Rahmen der jährlichen Förderausschreibung unterstützten Organisationen bieten einen (unvollständigen) Einblick (vgl. ÖGPB 2020a). Eine gleichermaßen nicht umfassende Auflistung von in verschiedenen Praxisfeldern politischer Bildung tätigen bzw. für diese relevanten Organisationen findet sich auf der Homepage des »Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule« (Zentrum *polis* 2020).

Unter dem Titel »AkteurInnen und Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung in Österreich« hat Reinhart Patak (2015) den Versuch einer überblicksartigen Darstellung des Feldes unternommen.⁹ Da politische Bildung nicht überall gleich stark akzentuiert wird, habe ich mich im Anschluss an seine Ausführungen und in Anlehnung an Christine Zeuner (2014: 140) für einen Ordnungsansatz entschieden, für den der programmatische Stellenwert, den Anbieter*innen und Einrichtungen politischer Bildung einräumen, wesentlich ist.¹⁰ Drei Kategorien möchte ich diesbezüglich differenzieren:

-
- 8 Weitere Beispiele sind: »Politische Bildung«/Schloss Hofen, Universität Salzburg; »Global Citizenship Education«, MA/Universität Klagenfurt oder auch ein sich an der Universität Innsbruck in Planung befindlicher ULG »Außerschulische politische Bildung«.
 - 9 Patak (2015: 241f.) gliedert das Feld (neben der ÖGPB) folgendermaßen: Einrichtungen der österreichischen Erwachsenenbildung (KEBÖ, bifeb) und Kooperatives System, die Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit (ARGE GWA)) und Organisationen, die primär bis ausschließlich im Bereich der politischen Bildung tätig sind (»Demokratiezentrum Wien«, die IGPB, die »Politikwerkstatt DEMOS« und der Verein »Sapere Aude«); Selbstorganisationen; NGOs; Bildungseinrichtungen der Parlamentsparteien.
 - 10 Weitere Zugänge zur Ordnung des Feldes der Erwachsenenbildung finden sich exemplarisch bei Nuissl 2018.

- (1) Organisationen, für die politische Bildung das zentrale Aufgabenfeld darstellt;
- (2) Anbieter*innen, für die politische Bildung ein relevanter Bereich neben davon zu unterscheidenden Tätigkeitsfeldern ist (z.B. Sozialarbeit, Interessenvertretung, Kultur- oder auch Kampagnenarbeit);
- (3) die Mitgliedseinrichtungen der Verbände der »Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs« (KEBÖ), in denen politische Bildung mit Ausnahme des die gewerkschaftliche Bildung repräsentierenden VÖGB marginalisiert ist.¹¹

In den ersten beiden Kategorien kann noch dahingehend unterschieden werden, ob sowohl der *schulische als auch der außerschulische* oder *primär der außerschulische Bereich* von Relevanz ist. Im außerschulischen Bereich ist hinsichtlich der Zielgruppe – Jugendliche und/oder Erwachsene – zu differenzieren. Anzumerken ist jedoch, dass eine deutliche Abgrenzung von Angeboten politischer Erwachsenenbildung, außerschulischer politischer Jugendbildung und schulischer politischer Bildung (vgl. Filla 2016: 37) nicht immer möglich oder auch zielführend ist. Und ebenso verdeutlicht die praktische Beschaffenheit des Feldes die Notwendigkeit eines offenen Verständnisses politischer Bildung im vorliegenden Kontext.

Anhand ausgewählter Beispiele möchte ich die drei Kategorien nun konkretisieren. Die Auswahl intendiert die Abbildung sowohl der Diversität des Feldes als auch der Relevanz bestimmter Anbieter*innen und Einrichtungen.¹²

Zu (1): In der Kategorie von *Organisationen, für die politische Bildung das zentrale Aufgabenfeld darstellt* und die sowohl das *schulische als auch das außerschulische Feld* berücksichtigen, sind das sich als »wissenschaftliche Non-Profit-Organisation mit starker Ausrichtung auf Angewandtheit und Vermittlung« verstehende »Demokratiezentrum Wien« (Demokratiezentrum Wien o.J.) und die 2009 als unabhängige Fachgesellschaft gegründete »Interessengemeinschaft Politische Bildung« (IGPB) anzuführen (vgl. Patak 2015: 242). Als dezidierte Fachorganisationen arbeiten diese, wie u.a. vergleichbar die ÖGPB und die KEBÖ, nicht ausschließlich anwendungsorientiert, sondern auch bedingt wissenschaftlich bzw. das gesamte Feld reflektierend.¹³

11 Der »Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung« (VÖGB) ist einer der zehn Mitgliedsverbände der KEBÖ.

12 Auf Einrichtungen, die primär über Angebote für die schulische politische Bildung verfügen (z.B. das »Zentrum *polis* – Politik Lernen in der Schule«, das »Forum Politische Bildung«, die Tiroler Organisation »PoBi Politische Bildung mit Kindern und Jugendlichen« oder auch die Kärntner »Plattform Politische Bildung«), wird nicht gesondert eingegangen.

13 Die IGPB und das »Demokratiezentrum Wien«, wie die nicht gesondert angeführte Sektion »Politikdidaktik« der ÖGPW (»Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft«), sind gleichermaßen im Kontext von politischer Bildung an den Hochschulen von Relevanz. Auch andere Anbieter*innen (z.B. NGOs wie »Südwind«) verfügen über Angebote, die Hochschulen adressieren.

Gleichmaßen können in dieser Kategorie anwendungsorientiert tätige Akteur*innen mit ihren verschiedenartigen Bildungsangeboten eingeordnet werden, etwa der von Patak (2015: 242) angeführte Verein »Sapere Aude«¹⁴ und der Verein »PolEdu – Politics & Education« oder auch »unsereVerfassung – Verein für politische Bildung«.

Primär im Bereich der politischen Bildung für Erwachsene angesiedelt, ist es die »Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung«, die hier zentral zu nennen ist.¹⁵ Neben der finanziellen Unterstützung von Projekten über die jährliche Förderausschreibung¹⁶ sind Bildungsangebote (z.B. die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen), Projektberatung und Weiterbildungsmaßnahmen das zweite Hauptaufgabenfeld. Die ÖGPB wurde 1977 als gemeinnütziger Verein mit dem Zweck der »Förderung der politischen Bildung im Bereich der Erwachsenenbildung« gegründet. Neben den acht Mitgliedsbundesländern (alle außer Wien) sind die zehn KEBÖ-Verbände sowie der Bund Mitglied (vgl. ÖGPB 2020c).

Ebenso sind die »Parteiakademien« in der vorliegenden Kategorie anzuführen: Infolge der Nationalratswahlen 2019 sind dies die »Politische Akademie der ÖVP« (ÖVP), das »Dr.-Karl-Renner-Institut« (SPÖ), das »Freiheitliche Bildungsinstitut« (FPÖ), »Freda – Die Akademie« (Grüne) und das »NEOS Lab – Das liberale Forum« (NEOS). Sie fungieren im Wesentlichen als Serviceeinrichtungen für die Fortbildung von Funktionär*innen (vgl. Gruber/Lenz 2016: 40). Aber auch andere Parteien betreiben Bildungsarbeit (etwa die KPÖ, Parteien der migrantischen Diaspora oder lokale Kleinparteien), jedoch in geringerem Ausmaß, da weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Ein weiterer Bereich ist die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Sie verdeutlicht sich in den Grundkursen und Spezialangeboten der einzelnen Gewerkschaften sowie in den Angeboten des »Verbands Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung« (VÖGB), der die Bildungsmaßnahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) durchführt und vielfach mit der Arbeiterkammer kooperiert (vgl. Letz 2017: 39; Telefonat mit T-B. Ennikl, VÖGB: 28.10.2020). Aufgrund der inhaltlichen Breite (u.a. Arbeits- und Sozialrecht, soziale Kompetenzen, Digitalisierung; vgl. Letz 2017: 40) wird die politische Dimension hier nicht immer automatisch offensichtlich. Sie muss den unterschiedlichen Themen vielfach »durch politisch-didaktische Reflexion abgerungen werden« (Allespach et al. 2017: 13). Den relevantesten Bereich bilden Angebote für Arbeitnehmer*innenvertreter*innen (vgl. Hahn 2011: 93).

14 Patak (2015: 242ff.) führt in dieser Kategorie zudem noch die »Politikwerkstatt DEMOS« des Museums Arbeitswelt Steyr an.

15 Gemäß der Ausrichtung dieses Artikels werden in dieser Kategorie lediglich Einrichtungen und Anbieter*innen der politischen Erwachsenenbildung angeführt.

16 U.a. sind die Akademien der Parlamentsparteien von einer Förderung ausgeschlossen.

Auch die auf Europa bezogene politische Bildung betreibende »Österreichische Föderation der Europahäuser« (ÖFEH) möchte ich in die vorliegende Kategorie einordnen.

Um die Breite zu verdeutlichen, soll paradigmatisch noch auf einen kleineren Akteur hingewiesen werden: das »Bureau für Selbstorganisation«. Es vermittelt Kenntnisse, die es Menschen ermöglichen, sich »im gemeinsamen Alltag in Wohnprojekten, beim Aufbau einer Food-Coop, bei der Unterstützung von Geflüchteten oder auf der Straße für mehr Klimagerechtigkeit« selbst zu organisieren (Bureau für Selbstorganisation o.J.).

Zu (2): Auch in der Kategorie von *Anbieter*innen, für die politische Bildung ein relevantes Betätigungsfeld neben anderen Aufgabenbereichen darstellt*, können ganz unterschiedliche Beispiele angeführt werden. Zunächst möchte ich auf demokratiebildende Angebote des österreichischen Parlaments sowohl für Erwachsene als auch für Schüler*innen und auf das eigenes entwickelte Lehrlingsparlament hinweisen (vgl. Lange/Straub 2020).

Auch die in der Untersuchung von Patak (2015: 250ff.) angeführten Selbstorganisationen und NGOs können großteils in diese Kategorie eingeordnet werden.¹⁷ Neben dem Bereich »Migration« finden sich Selbstorganisationen mit ihren vornehmlich das außerschulische Segment adressierenden Angeboten im Kontext von »Behinderung« (vgl. Gensluckner 2018) oder auch der »Fußballfanszene«. Im Umfeld selbstorganisierter Frauenbildungsprojekte kann auf die vom Innsbrucker »Arbeitskreis Emanzipation und Partnerschaft« (AEP) und von der Wiener »Frauenhetz« gegründete »Initiative Feministische Erwachsenenbildung« (IFEB) hingewiesen werden (vgl. Krondorfer 2017).

Als Beispiele für NGOs verweist Patak (2015: 252ff.) auf Akteur*innen globalisierungskritischer, feministischer oder auch menschenrechtsbezogener Bildungsarbeit. Anhand der entwicklungspolitischen Organisation »Südwind«, der »Asylkoordination Österreich« oder auch des Vereins »Zara – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit« lässt sich verdeutlichen, dass die Bildungsarbeit von NGOs im schulischen und im außerschulischen Zusammenhang erfolgen kann.

Auch ausgehend von sozialen Bewegungen (sowie Bürger*inneninitiativen) wird politische Bildung betrieben.¹⁸ Am Beispiel von Fridays for Future zeigt sich dies dahingehend, dass nicht nur öffentliche Veranstaltungen organisiert werden,

17 Bezüglich Selbstorganisationen wird dabei auf von Migrantinnen gegründete Organisationen hingewiesen, die politische Bildungsarbeit im Kontext von Veranstaltungen der Basisbildung, Sprachkursen und anderen Formaten betreiben (z. B. LEFÖ; »maiz«, dessen Bildungsarbeit seit 16.11.2015 vom Verein »das kollektiv« weitergeführt wird, oder auch »SOMM – Selbstorganisation von und für Migrantinnen und Musliminnen«).

18 Wie im Rahmen der linksautonomen Szene verdeutlicht sich die Institutionalisierung im Kontext sozialer Bewegungen und Bürger*inneninitiativen in Form von Vereinsgründungen.

sondern auch Bildungsformate existieren, die vornehmlich auf die Weiterbildung von Aktivist*innen abzielen. Zudem gibt es Angebote für den Schulunterricht (vgl. Haselwanter 2020).

Ausgeprägt ist politische Bildung in strukturell mit Selbstorganisationen vergleichbaren Kultur- und Veranstaltungszentren der linksautonomen Szene, wie dem »Ernst-Kirchweg-Haus« (EKH) oder der »Wipplinger 23« (w23) in Wien, dem ehemaligen »Café Decentral« (heute »Café Lotta«) in Innsbruck oder dem »Soli.café« in Salzburg.

In Ergänzung zu den angeführten Beispielen ist anzumerken, dass eine Vielzahl weiterer Akteur*innen existiert, die sich in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität politischer Bildung widmen, u.a. Gedenkstätten, Museen, Kulturzentren, Programmkinos, freie Radios, theaterpädagogische Einrichtungen, Geschäfte, kommerzielle Anbieter*innen, Betriebe, Vereine, Stiftungen, konfessionelle Gruppen, politische Zusammenschlüsse oder auch öffentliche Einrichtungen auf Gemeinde-, Landes- oder auch Bundesebene. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang noch den schulischen wie auch den außerschulischen Bereich adressierende Einrichtungen, wie das Caritas-»Welthaus«, das sich als Klimaschutznetzwerk verstehende »Klimabündnis« und das als Stiftung geführte »Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes« (DÖW). Ebenso kann auf das »C3 – Centrum für Internationale Entwicklung« verwiesen werden, das fünf entwicklungspolitische Organisationen vereint.

Zu (3): Bezüglich der dritten Kategorie – *die Mitgliedseinrichtungen der KEBÖ-Verbände, in denen politische Bildung mit Ausnahme des die gewerkschaftliche Bildung repräsentierenden VÖGB marginalisiert ist* – möchte ich mich auf Wilhelm Filla (1947-2016), bis April 2012 Generalsekretär des »Verbands Österreichischer Volkshochschulen« (VÖV), beziehen. Filla (2016: 37f.) spricht diesbezüglich, »von der gewerkschaftlichen Bildung und einigen »Inseln« der politischen Bildung abgesehen«, von einer »Marginalisierung politischer Bildung in der Erwachsenenbildung »im engeren Sinn««. Als Begründung nennt er primär fehlendes Zahlenmaterial und am Beispiel der Volkshochschulen verweist Filla unter Hinweis auf Hans Knaller (1992: 98) auf eine Berechnung der Präsenz politischer Bildung in ihrem Programmangebot: »Für das Kursjahr 1990/91 wurde auf Basis einer engen Definition ein Anteil von Ankündigungen zur politischen Bildung am Gesamtangebot der Volkshochschulen von 0,76 Prozent errechnet«. Analog zu Filla resümiert Peter Filzmaier (o.J.) im Jahr 2003: »Politische Bildung ist für das Selbstverständnis der Institutionen der Erwachsenenbildung (Volkshochschulen, Volksbildungswerke, konfessionelle Bildungswerke, Bildungshäuser und Büchereien) ein bestimmendes Moment, findet aber kaum entsprechende Resonanz.«

Aufgrund ihrer Relevanz möchte ich an dieser Stelle Eckpunkte zur KEBÖ (und ihren Mitgliedseinrichtungen) erläutern: Die »Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs« ist die Arbeitsplattform der im Erwachsenenbildungs-

Förderungsgesetz 1973 anerkannten Erwachsenenbildungsverbände (vgl. Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs [KEBÖ] o.J.). Als Dachverband fungiert sie u.a. als Ansprechpartnerin des Bildungsministeriums. Zehn Verbände sind Mitglieder, wobei sieben im Kontext der Allgemeinbildung zu verorten sind: die »Arbeitsgemeinschaft Bildungshäuser Österreich« (ARGE BHÖ), der »Büchereiverband Österreichs« (BVÖ), das »Forum Katholischer Erwachsenenbildung in Österreich« (FORUM), der »Ring Österreichischer Bildungswerke« (RÖBW), die »Volkswirtschaftliche Gesellschaft Österreich« (V.WG), der »Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung« (VÖGB) und der »Verband Österreichischer Volkshochschulen« (VÖV). Den berufsbildenden Schwerpunkt bilden das »Berufsförderungsinstitut Österreich« (BFI), das »Ländliche Fortbildungsinstitut« (LFI) und das »Wirtschaftsförderungsinstitut der Wirtschaftskammer Österreich« (WIFI). (Vgl. Gruber/Lenz: 50f.)¹⁹

Trotz der monierten Marginalisierung sind die KEBÖ-Verbände für die politische Erwachsenenbildung von Bedeutung. So zeigt sich politische Bildung – in Ergänzung zu regelmäßigen Angeboten – hier im Rahmen von in Verbandseinrichtungen durchgeführten Projekten, die sich u.a. in der Beteiligung an der jährlichen ÖGPB-Ausschreibung (ÖGPB 2020a) widerspiegeln. Hinzuweisen ist darüber hinaus auf die Einbindung der KEBÖ-Verbände in die ÖGPB-Vereinsstruktur oder auch auf Lobbyaktivitäten als Dachverband, wie das in einem Grundsatzpapier angeführte Eintreten »für ein umfassendes demokratiepolitisches Maßnahmenpaket für die Erwachsenenbildung«, das »politische Bildung und Community Education« beinhalten soll (KEBÖ 2019).²⁰

Unabhängig von der KEBÖ ist in Bezug auf Community Education die »Arbeitsgemeinschaft Gemeinwesenarbeit« (ARGE GWA) anzuführen. Und im Kontext staatlicher Institutionen ist die Relevanz des »Bundesinstituts für Erwachsenenbildung« (bifeb) zu betonen, das u.a. für die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenenbildner*innen zuständig ist; Filla (2016: 38) verweist auch diesbezüglich auf fehlendes Zahlenmaterial in Bezug auf politische Bildung. Schließlich möchte ich noch auf die Homepage bzw. das Magazin »erwachsenenbildung.at« des Bildungsministeriums sowie die »Knowledgebase Erwachsenenbildung« hinweisen.

19 Bisovsky (1993: 166) ordnet die Mitgliedsverbände folgenden »politischen Lagern« zu: ÖVP und Kirche: ARGE BHÖ, FORUM, LFI, RÖBW, VG-Ö, WIFI; SPÖ: BFI, BVÖ, VÖGB, VÖV.

20 »In Österreich kann zumindest partiell von den Bildungswerken organisierte Gemeinwesenarbeit zur politischen Bildung« gezählt werden, doch auch diesbezüglich existiert kein statistisch abgesicherter Überblick (Filla 2016: 38).

Schlussfolgerungen

Die Vielfältigkeit der im Feld tätigen Akteur*innen resultiert in *unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen*. Primär sind es nämlich die jeweiligen Organisationen selbst, die für die Programmgestaltung und damit die Inhalte verantwortlich sind. So generiert sich etwa ein Angebot, das vom »Ländlichen Fortbildungsinstitut« organisiert wird, anders als eines an der Schnittstelle von politischer Bildung und bildender Kunst (z.B. der »Akademie Graz« oder des Innsbrucker »Künstlerhauses Büchsenhausen«), das sich wiederum grundlegend vom Basisbildungskurs einer migrantischen Selbstorganisation oder einer Vortragsreihe des »Freiheitlichen Bildungsinstituts« unterscheidet. In diesen Schwerpunktsetzungen und den mit ihnen in Verbindung stehenden expliziten und impliziten Bildungszielen verdeutlichen sich mannigfache Konzeptionen *politischer Mündigkeit*. Diese reichen von einer Fokussierung auf das aktive und passive Wahlrecht über die Stärkung von Gewerkschaften, kritischem Konsum oder basisbildnerischen Empowerment-Ansätzen bis hin zu aktivistischem Protest; beispielsweise erkannte der schleswig-holsteinische Landtag die Klimaschutzbewegung Fridays for Future im Februar 2019 als »gelebte politische Bildung« an (Kieler Nachrichten 2019). So verschieden Mündigkeitsbegriffe und daraus resultierendes Engagement in einer Demokratie sein können, so unterschiedlich ist auch die politische Bildung im außerschulischen Kontext. Diversität ist folglich nicht etwas, das in die politische Erwachsenenbildung hineingetragen wird, sondern ist ihr hinsichtlich der gesellschaftlichen Realität immanent. Sie ist als *Ausdruck der Verschiedenheit politischer Positionierungen im demokratischen Widerstreit* interpretierbar.

Gleichmaßen sind die Grundlagen für eine Durchführung von Bildungsarbeit gänzlich unterschiedlich und von *Ungleichheitsverhältnissen* geprägt. So sind etwa die finanziellen Voraussetzungen vieler Selbstorganisationen, NGOs und auch anderer (nichtstaatlicher) Akteur*innen u.a. aufgrund der öffentlichen Förderpolitik prekärer als etwa jene der Parteiakademien oder der KEBÖ-Verbände.

Um Kosten zu minimieren, aber auch um Besucher*innen für eine Beteiligung zu gewinnen, sind *Kooperationen* wesentlich. Etwa wenn, um ein idealtypisches Beispiel zu skizzieren, das »Klimabündnis« mit der ÖGPB, der »Erzdiözese Wien« und Fridays for Future eine Kurs-Reihe zur Frage »Braucht Nachhaltigkeit politische Regulation?« organisiert und Vertreter*innen lokaler Bürger*inneninitiativen, der »Wirtschaftskammer« und des ÖGB als Vortragende eingeladen sind. Solche und vergleichbare Kooperationen, die auf der Diversität im Feld tätiger Anbieter*innen und Einrichtungen basieren und sich diese Diversität dahingehend zunutze machen, dass sie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ansprechen, verdeutlichen eine grundlegende und idealitäre Möglichkeit politischer Erwachsenenbildung: auf Erkenntnisgewinn basierende, auch *kontroverse Auseinandersetzungen verschiedener Menschen miteinander*. Eine zunehmende Realisierung dieser Möglichkeit

erscheint besonders hinsichtlich des aktuellen Auseinanderfallens der gesellschaftlichen Diskursfähigkeit (vgl. Boeser-Schnebel et al. 2019: 293) als Dringlichkeit. Jedoch um solche Auseinandersetzungen vermehrt gewährleisten zu können, ist es – neben der Bereitschaft von Akteur*innen, zumindest punktuell normative Ansprüche, etwa hinsichtlich der jeweiligen Mündigkeitskonzeption, zu relativieren – eine *umfassende Professionalisierung*, die von Nöten wäre. Zwar sperrt sich die Diversität des Feldes gegen inhaltlich vereinheitlichende Bestrebungen. Jedoch ist in Bezug auf die konkrete Herangehensweise in der Vermittlung von einer gemeinsamen Basis auszugehen. Da alle im Feld tätigen Akteur*innen von der Teilnahme Interessierter, von deren Resonanz abhängig sind, ist für eine gelingende Praxis ein Fundus an kreativen Methoden und Veranstaltungsformen wesentlich (vgl. Hufer 2014: 236). So fordert etwa die IGPB in ihrem »Positionspapier zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich« eine didaktische und methodische Professionalisierung, die auf einem Ausbau fachspezifischer Weiterbildungsmöglichkeiten basiert (vgl. IGPB 2012: 3). Und auch die ÖGPB hebt im Rahmen von Fortbildungsveranstaltungen die Wichtigkeit der Methodenvermittlung hervor (vgl. ÖGPB 2018: 1f.). Für eine praktische Umsetzung, besonders hinsichtlich der Möglichkeit einer Stärkung gesellschaftlicher Diskursfähigkeit, ist jedoch eine angemessene öffentliche Finanzierung notwendig.

Literatur

- Allespach, Martin/Meyer, Hilbert/Wentzel, Lothar (2017): Politische Erwachsenenbildung. Ein subjektwissenschaftlicher Zugang am Beispiel der Gewerkschaften. Marburg.
- Baumgartner, Rahel/Gürses, Hakan (2015a): Einleitung, in: Rahel Baumgartner/Hakan Gürses (Hg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts., 9-15.
- Baumgartner, Rahel/Gürses, Hakan (Hg.) (2015b): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts.
- Bisovsky, Gerhard (1993): Ohne den Bezirksparteiobmann geht gar nichts. Beobachtungen zur politischen Kultur der österreichischen Erwachsenenbildung, in: Peter Bettelheim/Robert Harauer (Hg.): Ostcharme mit Westkomfort. Beiträge zur politischen Kultur in Österreich. Wien, 164-173.
- Boeser-Schnebel, Christian/Boeser-Schnebel, Karin/Wenzel, Florian (2019): Streiten lernen! – Demokratische Begegnungsformate für eine integrative politische Erwachsenenbildung, in: Bildung und Erziehung 72 (3), 293-309.
- Bremer, Helmut/Gerdes Jürgen (2012): Politische Bildung, in: Ullrich Bauer/Uwe H. Bittlingmayer/Albert Scherr (Hg.): Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden, 684-701.

- Bundesministerium für Bildung und Frauen (2015): Unterrichtsprinzip Politische Bildung. Grundsatzterlass. Wien.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2001): Memorandum über lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission. Österreichischer Konsultationsprozess. Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 1/2001. Wien.
- Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport (2017): Politische Bildung im Bundesheer – Staats- und wehrpolitische Bildung; Weisung. GZ S94064/7-MFW/2017 (1). Wien.
- Bureau für Selbstorganisation (o.J.): Home, Bureau für Selbstorganisation, <http://www.selbstorganisation.at/> (abgerufen am 08.12.2020).
- Danter, Patrick (2015): Außerschulische politische Bildung für Jugendliche, in: Rahel Baumgartner/Hakan Gürses (Hg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts., 268-280.
- Demokratiezentrum Wien (o.J.): Mission Statement, Demokratiezentrum Wien, www.demokratiezentrum.org/aktuell/ueber-uns/mission.html (abgerufen am 15.01.2021).
- Egger, Rudolf (2016): (Wissenschaftliche) Weiterbildung an Universitäten. Impulse der Erwachsenenbildung für die Hochschulpraxis, Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 27, www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-27/meb16-27.pdf (abgerufen am 21.12.2020).
- Fakultät für Bildungswissenschaften (2020): Mitarbeitende im Fachgebiet Erwachsenenbildung/Politische Bildung, Universität Duisburg-Essen, <https://www.uni-due.de/biwi/politische-bildung/mitarbeitende> (abgerufen am 06.01.2021).
- Faulstich, Peter (2016): Das Politische in der Bildung, in: Klaus-Peter Hufer/Dirk Lange (Hg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach a.Ts., 52-61.
- Filla, Wilhelm (2016): Politische Bildung in Österreich: parteienzentriert und großorganisationsbezogen, in: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 39 (1), 27-42.
- Filzmaier, Peter (o.J.): Politische Bildung in Österreich: Eine kritische Bestandsaufnahme, [science.v1.orf.at](https://science.v1.orf.at/filzmaier/74285.html), <https://science.v1.orf.at/filzmaier/74285.html> (abgerufen am 18.01.2021).
- Filzmaier, Peter/Klepp, Cornelia (2017): Politische Bildung in Österreich, in: Dirk Lange/Volker Reinhardt (Hg.): Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder Politischer Bildung. Baltmannsweiler, 485-498.
- Gärtner, Reinhold (2016): Basiswissen Politische Bildung. Unter Mitarbeit von Franz Eder. Wien.
- Gensluckner, Lisa (2018): Ein FreiRaum – viele Herausforderungen. Politische Bildungsprozesse in der Selbstvertretung von Menschen mit besonderen Fähigkeiten.

- keiten, in: Michael Brandmayr/Sepideh Heydarpur (Hg.): Politische Bildung und politisches Lernen in Tirol. Innsbruck, 143-160.
- Gruber, Elke (2008): Politische Bildung und Erwachsenenbildung – ein pädagogisch-struktureller Blick, in: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.): 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Wien, 281-289.
- Gruber, Elke/Lenz, Werner (2016): Erwachsenen- und Weiterbildung Österreich. Bielefeld.
- Gürses, Hakan (2015): Demokratie, Politik und das Politische in der politischen Bildung, in: Rahel Baumgartner/Hakan Gürses (Hg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts., 19-36.
- Hahn, Georg (2011): Gewerkschaftliche Bildungsarbeit: Entwicklungen, Probleme, Chancen, in: Erwin Kaiser/Sepp Wall-Strasser/Beate Gotthartsleiter/Gerhard Gstöttner-Hofer/Heinz Füreder (Hg.): Eine schlagkräftige Bewegung bilden. Wien, 89-96.
- Haselwanter, Martin (2020): Die Unterbrechung des Zeitregimes als Möglichkeit auf Bildung. Fridays for Future – mehr als ein (Schul-)Streik, Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 41, <https://erwachsenenbildung.at/magazin/20-41/meb20-41.pdf> (abgerufen am 21.12.2020).
- Hufer, Klaus-Peter (2014): Politische Bildung in der Erwachsenenbildung, in: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach a.Ts., 231-238.
- Hufer, Klaus-Peter (2016): Politische Erwachsenenbildung. Plädoyer für eine vernachlässigte Disziplin. Bielefeld.
- Hufer, Klaus-Peter (2018): Politische Erwachsenenbildung/außerschulische Jugendbildung und Politikdidaktik: ein Auftrag, zwei Welten, in: Klaus-Peter Hufer/Tonio Oeftering/Julia Opermann (Hg.): Wo steht die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung? Schwalbach a.Ts., 14-32.
- Humboldt, Wilhelm von (1969): 5. Theorie der Bildung des Menschen, in: Andreas Flitner/Klaus Giel (Hg.): Wilhelm von Humboldt. Werk in fünf Bänden. Band 1. Schriften zur Anthropologie und Geschichte. Darmstadt, 234-240.
- IGPB (2012): POSITIONSPAPIER zur außerschulischen politischen Bildung in Österreich. Beschluss der IGPB-Generalversammlung vom 02.März 2021, IG-PB, https://igpb.at/wp-content/uploads/igpb_positionspapier_AUSSERSchulis ch.pdf (abgerufen am 17.02.2021).
- KEBÖ (2019): Unser Bildungsauftrag, unser Selbstverständnis und wofür wir uns einsetzen, Vorsitz 2018-2020: Berufsförderungsinstitut Österreich, https://erwachsenenbildung.at/downloads/themen/KEBOe_Selbstverstaendnis_Forderungen_2019.pdf?m=1574665802& (abgerufen am 11.01.2021).
- Kieler Nachrichten (2019): »Demo ist gelebte politische Bildung«, Kieler Nachrichten, 15.02.2019, <https://www.kn-online.de/Nachrichten/Politik/Landtag-in-Kiel-FridaysForFuture-ist-gelebte-politische-Bildung> (abgerufen am 17.02.2021).

- Kloyber, Christian (2015): »Bitte partizipieren!« Community Education/Gemeinwesenarbeit in der Erwachsenenbildung: ein kritischer Blick, in: Rahel Baumgartner/Hakan Gürses (Hg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts., 119-132.
- Knaller, Hans (1992): Programmankündigungen zur politischen Bildung an österreichischen Volkshochschulen, in: Wilhelm Filla/Anneliese Heilinger/Hans Knaller/Judita Löderer/Irene Schmölz (Hg.): Jahrbuch Volkshochschule. Wien, 50-74.
- Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs [KEBÖ] (o.J.): Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs, erwachsenenbildung.at, https://erwachsenenbildung.at/themen/eb_in_oesterreich/organisation/keboe.php (abgerufen am 07.01.2021).
- Krammer, Reinhard (2008): Die durch politische Bildung zu erwerbenden Kompetenzen. Ein Kompetenz-Strukturmodell (unter Mitarbeit von Christoph Kühberger und Elfriede Windischbauer et al.). Wien.
- Krondorfer, Birge (2017): Feministische Bildung – nur noch ein Ideal? Verband feministischer Wissenschaftler*innen, <https://www.vfw.or.at/wp-content/uploads/2017/04/Birge-Krondorfer-Feministische-Bildung.pdf> (abgerufen am 15.01.2021).
- Lange, Dirk/Straub, Sarah (2020): Demokratiebildung im österreichischen Parlament – heute und in Zukunft, https://www.parlament.gv.at/ZUSD/PDF/Lange_Straub_Demokratiebildung_im_oesterreichischen_Parlament_2020_final_BF.pdf (abgerufen am 26.01.2020).
- Lederer, Bernd (2014): Kompetenz oder Bildung. Eine Analyse jüngerer Konnotationverschiebungen des Bildungsbegriffs und Plädoyer für eine Rück- und Neubestimmung auf ein transinstrumentelles Bildungsverständnis. Innsbruck.
- Letz, Sabine (2017): Gewerkschaftliche Bildungsarbeit – was ist das überhaupt? Ein Rundgang durch Geschichte, Angebote und aktuelle Entwicklungen der Gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung, in: Verein CONEDU (Hg.) (2018): Solidarität, Teilhabe und Ermächtigung in der Erwachsenenbildung. Dokumentation der Serie von Artikeln aus dem Jahr 2017 auf <https://erwachsenenbildung.at>. Graz, 38-40.
- Luksik, Sonja/Gürses, Hakan (2019): Politische Erwachsenenbildung in Österreich – Historische Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen, in: Österreichische Austauschdienst-GmbH (Hg.): Politische Erwachsenenbildung in Österreich und Europa. Ziele, Methoden und Zukunftsperspektiven. Wien, 22-25.
- Miethe, Ingrid/Roth, Silke (2016): Bildung und soziale Bewegungen – eine konzeptionelle Einführung, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 29 (4), 20-29.

- Nuissl, Ekkehard (2018): Ordnungsgrundsätze der Erwachsenenbildung in Deutschland, in: Rudolf Tippelt/Aiga von Hippel (Hg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Wiesbaden, 499-520.
- Overwien, Bernd (2016): Informelles Lernen und politische Bildung, in: Matthias Rohs (Hg.): Handbuch informelles Lernen. Wiesbaden, 399-412.
- Ö-Cert (2014): Nachweis der Grundvoraussetzungen, Ö-Cert, <https://oe-cert.at/media/oe-cert-grundvoraussetzungen.pdf> (abgerufen am 01.12.2020).
- ÖGPB (2018) (Hg.): Basics – Inhalte und Methoden der politischen Erwachsenenbildung. MultiplikatorInnen-Mappe. Wien.
- ÖGPB (2020a): Archiv, <https://politischebildung.at/projektfoerderung/archiv/> (abgerufen am 30.12.2020).
- ÖGPB (2020b): Ausschreibung, <https://www.politischebildung.at/projektfoerderung/ausschreibung/> (abgerufen am 30.12.2020).
- ÖGPB (2020c): Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung, <https://www.politischebildung.at/ueber-uns/oegpb/> (abgerufen am 30.12.2020).
- ÖGPB (2020d): Projektdokumentation, <https://politischebildung.at/projektfoerderung/projektdokumentation/> (abgerufen am 30.12.2020).
- ÖGPB (2020e): »Wie aus guten Ideen erfolgreiche Projekte werden ...« Leitfaden für Projekteinreichungen bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung 2020, https://www.politischebildung.at/upload/leitfaden_2020.pdf (abgerufen am 29.12.2020).
- Patak, Reinhard (2015): AkteurInnen und Einrichtungen politischer Erwachsenenbildung in Österreich, in: Rahel Baumgartner/Hakan Gürses (Hg.): Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich. Schwalbach a.Ts., 241-267.
- Pelinka, Anton (2000): Grundzüge der Politikwissenschaft. Wien u.a.
- Sander, Wolfgang (2009): Über politische Bildung. Politik-Lernen nach dem »politischen Jahrhundert«. Schwalbach a.Ts.
- Sander, Wolfgang (2017a): Aufgaben und Probleme politischer Bildung in Österreich, in: Ludger Helms/David M. Wineroither (Hg.): Die österreichische Demokratie im Vergleich. Baden-Baden, 503-526.
- Sander, Wolfgang (2017b): Fächerintegration in den Gesellschaftswissenschaften – neue Ansätze und theoretische Grundlagen, in: Thomas Hellmuth (Hg.): Politische Bildung im Fächerverbund. Schwalbach a.Ts., 7-22.
- Sander, Wolfgang (2020): Bildung: Zur Aktualität einer traditionsreichen Idee, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 70 (14-15), 16-21.
- Schröder, Sabine/Haas, Sophie (2018): Deutschkurse als Schauplatz migrations-, sicherheits- und sozialpolitischer Kämpfe, in: Juridikum 29 (3), 340-349.
- Statistik Austria (2018): Erwachsenenbildung 2016-2017. Ergebnisse des Adult Education Survey (AES). Wien.

- Täubig, Vicki (2018a): Informelle Bildung, in: Gunther Graßhoff/Wolfgang Schröder/Anna Renker (Hg.): Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung. Wiesbaden, 413-423.
- Täubig, Vicki (2018b): Informelles Lernen. Standorte bestimmen, in: Nina Kahnwald/Vicki Täubig (Hg.): Informelles Lernen. Standortbestimmungen. Wiesbaden, 3-14.
- Zentrum für Lehrer*innenbildung (o.J.): Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, <https://lehrerinnenbildung.univie.ac.at/arbeitsbereiche/didaktik-der-politischen-bildung/> (abgerufen am 11.05.2021).
- Zentrum polis (2020): Akteure | Akteurinnen (A–Z), Zentrum polis, https://www.politik-lernen.at/dl/tMKnJKJKoNLoOJqx4KJK/AkteurInnen_pdf (abgerufen am 22.12.2020).
- Zeuner, Christine (2014): Institutionen der außerschulischen politischen Bildung, in: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach a.Ts., 136-144.
- Zorko, Wolfgang (2020): Politische Bildung im Bundesheer, Anfragebeantwortung, Geschäftszahl: S90620/269-Präs/BürgSrv/2020 (2). Wien.